

Sabine Kurtenbach

## Guerillabewegungen in Kolumbien

Gewalt ist in Kolumbien ein Alltagsphänomen. In den neunziger Jahren ist die *plomonía* — der Tod durch die Pistolenkugel — die häufigste Todesursache bei Männern im Alter zwischen 15 und 45 Jahren. Seit Beginn der achtziger Jahre ist das Gewaltniveau stetig gestiegen, in der ersten Hälfte des Jahres 1995 erreichte es mit täglich 108 Morden einen neuen Höhepunkt. Gleichzeitig bleiben 97 % der Täter straffrei. Auch die indirekte, strukturelle Gewalt prägt den Alltag der kolumbianischen Bevölkerungsmehrheit. Eine Haushaltsumfrage der Regierung zeigte, daß 49 % der Bevölkerung in Armut, 18 % sogar im Elend leben (*El Espectador*, 20. 7. 1995). Dieses quantitative Ausmaß direkter und indirekter Gewalt muß sich vor Augen führen, wer die Frage nach den Entstehungsbedingungen und der Langlebigkeit kolumbianischer Guerillagruppen stellt.

Kolumbien hat seit der Unabhängigkeit etwa 19 Bürgerkriege durchlebt, die teilweise von nationaler Bedeutung, zum überwiegenden Teil aber auf einzelne Regionen des Landes beschränkt waren. In den vergangenen 30 Jahren haben mindestens sechs bewaffnete Gruppen dauerhaft und organisiert gegen die Regierung gekämpft. Dennoch ist nur der geringste Teil der Gewalt in Kolumbien politisch verursacht, verlieren nur etwa 5 % der Opfer ihr Leben in direktem Zusammenhang mit dem Krieg oder aus anderen politischen Gründen.<sup>1</sup> Der überwiegende Teil der Menschen stirbt, weil Gewalt in wachsendem Maß zu einem Mittel des täglichen, persönlichen Konfliktverhaltens geworden ist. Dies hat außerhalb des Landes vielfach dazu geführt, daß die Gewaltsamkeit als nicht erklärbares, fast naturgegebenes Element der kolumbianischen Kultur betrachtet wird.

Diese Sichtweise geht aber an der kolumbianischen Realität vorbei, in der es beispielsweise zwischen 1902 und 1946 auch längere Phasen relativ friedlicher politischer Auseinandersetzung gab. Darüber hinaus werden damit sowohl die gesellschaftlichen Ursachen der Gewalt als auch Veränderungsperspektiven geleugnet. Analysiert man die Entstehungsbedingungen der Gewalt in ihrem historisch-strukturellen Kontext, so können sowohl verschiedene Phasen und unterschiedliche

---

<sup>1</sup> Im ersten Halbjahr 1995 starben im Rahmen der Kampfhandlungen 429 Guerilleros und Mitglieder staatlicher Sicherheitskräfte (CINEP 1995). Das sind etwa zwei Prozent der in diesem Zeitraum fast 20 000 gewaltsam ums Leben gekommenen Menschen.

Funktionen aufgezeigt als auch Perspektiven für Veränderungen und friedliche Formen der Auseinandersetzung entwickelt werden.

Die folgenden Ausführungen werden sich nur mit dem Phänomen der Guerilla befassen, d. h. der organisierten bewaffneten Gewalt, die auf den Sturz oder die Veränderung des herrschenden Gesellschaftssystems gerichtet ist. Auch wenn damit nur der quantitativ geringere Teil der Gewaltsamkeit beleuchtet wird, ist der Guerillakrieg doch auch für die anderen Formen von zentraler Bedeutung. Erstens diente er über Jahrzehnte der Legitimation staatlicher Repression gegen jedwede Opposition. Zweitens stellt der Guerillakrieg insbesondere seit den achtziger Jahren den Hintergrund für eine zunehmende Autonomisierung und Militarisierung der kolumbianischen Sicherheitskräfte dar. Die lange Dauer des politischen Konflikts hat drittens dazu beigetragen, die Gewaltschwelle im allgemeinen Konfliktverhalten zu senken und damit zu einer Ausbreitung der Gewalt im Alltag geführt.<sup>2</sup>

## 1 Krieg als Mittel zur Integration

Hauptakteure der zahlreichen Kriege nach der Unabhängigkeit Kolumbiens waren die Liberale und die Konservative Partei, in denen sich Mitte des 19. Jahrhunderts die Oligarchien des Landes organisierten. Entgegen den gängigen Vorurteilen war die wesentliche Konfliktursache aber nicht die «Kirchenfrage», d. h. der Streit zwischen den Parteien um die Stellung der katholischen Kirche in der Gesellschaft. Die Konfliktdynamik war vielmehr durch die Einbeziehung Kolumbiens in den kapitalistischen Weltmarkt bestimmt, die eine Ausdehnung der Exporte zur Folge hatte. Die verschiedenen Zyklen und Konjunkturen einzelner Produkte wie Tabak und Kaffee veränderten die aus der Kolonialzeit stammende fragile Machtbalance zwischen den regionalen Oligarchiegruppen dramatisch. Ehemals ökonomisch und politisch bedeutsame Regionen wie Santander verloren seit der Jahrhundertwende ihren Einfluß auf nationaler Ebene, während Antioquia für einige Zeit zum wirtschaftlichen Zentrum des Landes aufstieg. Die hierdurch ausgelösten Konflikte eskalierten vielfach zum Krieg, wobei der Streit um die Stellung der Kirche in der Gesellschaft den direkt betroffenen Oligarchien dann die Einbeziehung der anderen regionalen Oligarchien ermöglichte. Der Säkularisierungskonflikt hatte damit im wesentlichen eine mobilisierende Wirkung für die zugrundeliegenden Streitfragen.

---

<sup>2</sup> Auch die mit dem wachsenden Einfluß der Drogenkartelle zusammenhängende Gewalt kann im Rahmen dieses Artikels nicht betrachtet werden. In den achtziger Jahren war sie aber sicherlich ein wichtiger Faktor, der zur allgemeinen Eskalation der Gewalt beigetragen hat.

Die parteipolitische Organisation entlang der Kirchenfrage verschaffte den Oligarchien die Konfliktfähigkeit auf nationaler Ebene.<sup>3</sup>

Der kolumbianische Zentralstaat war gleichzeitig extrem schwach. Die Verfassung von 1863 reduzierte beispielsweise die Streitkräfte auf die Größe einer Präsidientgarde und verbot der Regierung in Bogotá, in die Auseinandersetzungen zwischen den Teilstaaten einzugreifen. Trotzdem wirkten sich die Kriege auf die gesamte kolumbianische Gesellschaft aus: Die Bevölkerungsmehrheit wurde gezwungen, unter liberalem oder konservativem Banner zu kämpfen. Auch dort, wo es keine Zwangsrekrutierung gab, war Neutralität unmöglich, weil die Kriegsparteien diese nicht duldeten und zumindest gegenüber den eigenen Parteigängern eine gewisse Schutzfunktion ausübten. Die Kriege spalteten das Land somit zwar in zwei parteipolitische Blöcke, gleichzeitig wirkten sie innerhalb dieser Organisationen integrierend, weil sie die Bevölkerung vertikal und klientelistisch in das Parteiensystem einbanden. Es entstanden Subkulturen, die — über die lokale und regionale Ebene hinaus — konstitutiv für die Identitätsbildung wirkten. Die siegreichen Teile der Oligarchie integrierten die militärisch unterlegene Seite in der Regel nach einer Amnestie in das herrschende System.

Der letzte Krieg, der allein diese Strukturmerkmale aufwies, war gleichzeitig einer der blutigsten der kolumbianischen Geschichte. Im sogenannten «Krieg der tausend Tage» fanden 100 000 Menschen den Tod. Dieser Krieg begann 1899 nach altbewährtem Muster: Die Liberalen stellten in Santander eine Armee auf, die sich mit den Regierungstruppen Feldschlachten lieferte. Im Gegensatz zu früher waren die Regierungstruppen aber stärker und konnten die Liberalen im Mai 1900 sogar vernichtend schlagen. Schon aus diesem Grund war die Regierung nicht bereit, eine Amnestie zu erlassen und die Liberale Partei an der Regierung zu beteiligen. Die Folge war der erste lange dauernde Guerillakrieg in der kolumbianischen Geschichte. Die Liberalen kämpften mit kleinen Guerillaeinheiten, die militärisch zwar nicht gewinnen konnten, aber auch nicht zu schlagen waren. Erst die Zuspitzung der Situation im *departemento* Panamá ermöglichte das Kriegsende. Da die USA zugleich die Sezession dieser kolumbianischen Provinz betrieben, konnten die Liberalen die Waffen mit dem Argument niederlegen, eine Weiterführung des Krieges gefährde die nationale Einheit (vgl. Jaramillo 1986, Bergquist 1986a).

In den folgenden Jahrzehnten erlebte Kolumbien die bisher längste Phase gesellschaftlicher Stabilität. Eine Verfassungsänderung verankerte 1910 zahlreiche Reformen wie die Institutionalisierung der Vertretung von Minderheiten sowohl in der Regierung als auch im Parlament sowie eine Reform des Steuersystems zugunsten

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu ausführlich Leal Buitrago (1984), Fals Borda (1968), Tirado Mejía (1976), Kurtenbach (1991).

der Zentralregierung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte die kolumbianische Oligarchie ihre internen Differenzen zunächst einmal überwunden, ihre Herrschaft etabliert.

Erst in den dreißiger Jahren entstanden neue Organisationen, die das oligarchische Monopol in Frage stellten. Vor allem in den Städten, aber auch in den Exportenklaven forderten Gewerkschaften bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Auf dem Land eskalierten die Konflikte um die ungleiche Landverteilung, die Gewalt der Großgrundbesitzer gegen die Campesinos und deren Vertreibung.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund muß die *Violencia* interpretiert werden, die in der Regel zu Unrecht als letzte Neuauflage der parteipolitisch motivierten Kriege des 19. Jahrhunderts analysiert wird (vgl. den Überblick bei Oquist 1978: 21-40). Auch wenn die beiden traditionellen Parteien wesentliche Akteure waren und die *Violencia* teilweise auf die Städte übergriff, lassen sich Dauer und Brutalität nur durch die grundlegenden Konflikte im Agrarsektor erklären. Die *Violencia* stellt den Versuch der Oligarchie dar, die eigene Herrschaft trotz der Krise des Entwicklungsmodells aufrechtzuerhalten und die Bevölkerung gewaltsam in das bestehende Herrschaftssystem zu reintegrieren.

## 2 Die *Violencia* als Wendepunkt

Die *Violencia* — der Bürgerkrieg, der in seiner ersten Phase zwischen 1948 und 1953 ca. 150 000 Menschenleben forderte (Oquist 1978: 17) — war für den Großteil der kolumbianischen Bevölkerung zweifelsohne das einschneidende Ereignis des 20. Jahrhunderts. Im Unterschied zu den Kriegen des 19. Jahrhunderts waren die Konfliktparteien nicht mehr ausschließlich verschiedene Oligarchiefraktionen. Es überlagerten sich bis 1953 im wesentlichen zwei Konfliktlinien: Erstens die Auseinandersetzung um die Herrschaftsbeziehungen auf dem Land. Besonders heftig tobte die Gewalt in den Kaffeeanbaugebieten, die bereits in den dreißiger Jahren Hauptkonfliktgebiete zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern bzw. Landarbeitern waren (vgl. Bergquist 1986b). Dieser sozioökonomische Ursachenkomplex der *Violencia* wurde nach 1951 besonders deutlich, als sich die liberalen und kommunistischen Guerillagruppen, die bis dahin gemeinsam gegen die konservative Regierung gekämpft hatten, über die Agrarfrage spalteten. Während die liberale Guerilla auch von Großgrundbesitzern unterstützt wurde, forderten die Kommunisten die Durchführung einer Agrarreform. In den von ihnen kontrollierten Gebieten errichteten die Kommunisten Selbstverwaltungsstrukturen, durch die das

---

<sup>4</sup> Vgl. dazu LeGrand (1986), Arango (1987), Pécaut (1987).

bestehende oligarchisch-klientelistische Herrschaftssystem in Frage gestellt bzw. abgeschafft wurde.

Zweitens ging es bei der Auseinandersetzung innerhalb der Oligarchie um die Kontrolle des Staatsapparates. Nach dem Ende der überparteilichen Zusammenarbeit und einer Wahl, an der sich die Liberalen nicht beteiligten, wurde 1949 Laureano Gómez, ein Vertreter der traditionellen Agraroligarchie, kolumbianischer Präsident. Gómez wollte — ähnlich wie Salazar in Portugal und Franco in Spanien — Kolumbien in einen korporativistischen Staat, das Parlament in eine Art Ständevertretung umwandeln. Sein Projekt spaltete die Konservative Partei schließlich, seine Gegner unterstützten 1953 den Putsch von General Gustavo Rojas Pinilla (vgl. Tirado Mejía 1978). Neben der Politik von Gómez war die Gefahr der Verselbständigung der sozialen Konflikte ein Hauptgrund für die überparteiliche Unterstützung des Putsches. In der Folge nahmen die liberalen Guerillagruppen bis auf wenige Ausnahmen ein Amnestieangebot an und legten die Waffen nieder, die Kommunisten kämpften weiter.

Hier wird ein struktureller Wandel deutlich, der einen Bruch mit der kolumbianischen Bürgerkriegstradition darstellt. Bis in die fünfziger Jahre war es der jeweils herrschenden Oligarchiefraktion weitgehend gelungen, die gegnerische Fraktion nach einer bewaffneten Auseinandersetzung mittels Amnestie zu integrieren und ihr so wieder Partizipationsmöglichkeiten zu geben (Leal Buitrago 1984). Mit der grundlegenden Veränderung der Kriegsparteien durch das Auftauchen neuer sozialer Akteure, welche die Abschaffung des oligarchischen Systems zum Ziel hatten, ließ sich diese Art der Konfliktregulierung und Kriegsbeendigung nicht mehr aufrechterhalten. Nur noch die liberale Guerilla ließ sich in alter Manier reintegrieren. Dieses Muster hat sich in den Grundzügen bis in die Gegenwart erhalten und stellt eines der Hauptprobleme bei der Friedenssuche dar.

Aber auch die Militärregierung erwies sich als unfähig, die Gewalt zu beenden. Als 1955 die Städte wieder verstärkt Schauplatz des Konfliktes und auch die Spitzen der traditionellen Parteien Opfer von Gewaltakten wurden, arbeiteten Liberale und Konservative zusammen. 1957 wurde General Rojas Pinilla zum Rücktritt gezwungen, 1958 begann mit der Nationalen Front ein System des institutionalisierten Parteienproporzes. Alle Ämter in Regierung, Verwaltung und Justiz auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene wurden paritätisch zwischen Liberaler und Konservativer Partei aufgeteilt. Das System war nicht dazu angetan, die Bedeutung von Wahlen und Parlament zu erhöhen. Gleichzeitig führte die Nationale Front zur

«Depolitisierung» (Leal Buitrago 1987: 77) des alten Parteiengegensatzes, was dessen integrierende Kraft schwächte.<sup>5</sup>

Darüber hinaus löste die *Violencia* vor allem in den Kaffeeanbaugebieten einen neuen Schub der Auflösung traditioneller Verhältnisse aus. Zwei Millionen Menschen wurden vertrieben, die Isolation der Dörfer aufgehoben. Dies führte zwar zur Entstehung neuer Organisationsformen, diskreditierte aber auch den bewaffneten Kampf als Mittel zur Veränderung des Status quo. Diese beiden — nur scheinbar widersprüchlichen — Konsequenzen der *Violencia* erklären, warum der Krieg in Kolumbien seither nie ganz aufgehört hat, aber auch keine Massenbasis fand, die für den Umsturz des herrschenden Systems notwendig gewesen wäre.

### 3 Bäuerliche Selbstverteidigung und fokistische Guerillagruppen: die Guerilla der sechziger Jahre

Auch wenn die kollektive Erfahrung der *violencia* die überwiegende Mehrheit der kolumbianischen Guerillagruppen beeinflusste, sind die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) am stärksten von ihrem Erbe geprägt. Nach der Einigung der beiden traditionellen Parteien in der Nationalen Front 1958 versuchten Regierung und Militär, die von den kommunistischen Guerillagruppen dominierten Selbstverwaltungsgebiete militärisch zu zerstören. Anfang 1962 griff die Armee eines dieser Gebiete — Marquetalia — an, mußte sich zunächst aber geschlagen zurückziehen. Erst 1964 und 1965 gelang mit der Unterstützung US-amerikanischer *Counter-Insurgency*-Experten im Rahmen des sogenannten Plans LASO (*Latin American Security Operation*) die militärische Zerstörung der Guerillagebiete. Nach der ökonomischen und militärischen Blockade folgten Flächenbombardierungen — u. a. mit Napalm — und militärische Besetzung.<sup>6</sup>

Die Bauern mußten fliehen, die Guerilla konnte ihnen keinen Schutz mehr bieten; sie wurde zur Strategieänderung gezwungen und bildete fortan mobile Einsatzkommandos. Im Juli 1964 konstituierte sich die Guerilla neu — zunächst unter dem Namen *Bloque Sur*, ab 1966 unter der Bezeichnung Revolutionäre Streitkräfte (FARC). In ihrem Agrarprogramm (vgl. Gott 1970: 379-381) benannten sie die Verbesserung der Lebensbedingungen für die ländliche Bevölkerung durch eine «revolutionäre Agrarreform» als wesentliches Ziel. Der Zusammenhang zwischen

<sup>5</sup> Zur Nationalen Front vgl. insbesondere Leal Buitrago (1984) sowie Berry / Hellmann / Solaún (1980).

<sup>6</sup> Die Regierung bezeichnete die Guerillazonen als «unabhängige Republiken», was deren Illegitimität betonen sollte. Es sollte suggeriert werden, daß eine ähnliche Entwicklung wie 1903 in Panamá bevorstehen könnte. Zur Zerstörung dieser Gebiete vgl. die Augenzeugenberichte bei Molano / Reyes (1978), Molano (1989) und Alape (1985).

*violencia* und Guerilla ist bei den FARC nicht nur über die persönliche Lebensgeschichte einzelner Mitglieder vermittelt, sondern struktureller Art. Die FARC entstanden in der Tradition bäuerlicher Selbstverteidigung in den Kaffee- und Kolonisierungsgebieten.<sup>7</sup> Militärisch waren und sind sie mit circa 10 000 Kämpfern die stärkste der Guerillagruppen. Zumindest auf der lokalen Ebene konnten die FARC in den neuen Kolonisationsgebieten für die Bauern und *colonos* eine gewisse Schutzfunktion ausüben. Dies lag nicht so sehr an ihrer militärischen Stärke als an der mangelnden Präsenz von Regierung und Streitkräften in diesen Randgebieten des Landes.

In den sechziger Jahren entstanden insbesondere in den Städten zahlreiche revolutionär inspirierte Bewegungen, die das herrschende Zweiparteiensystem mit Waffengewalt stürzen wollten. In Anlehnung an die von Ernesto Che Guevara entwickelte Fokus-Theorie glaubten sie, Auslöser für eine breite Volksbewegung sein zu können. Getragen wurden sie zum Großteil von Studenten und Intellektuellen, ihre Gründer stammten fast durchweg aus der «Generation der *Violencia*» (Fals Borda 1968: 151). Sie hatten entweder selbst bereits in der Zeit der *Violencia* gekämpft oder aber Familienangehörige dort verloren.

Auch in Kolumbien gelang es diesen fokistischen Gruppen nicht, eine Massenbasis zu errichten. Sie zogen sich zwar auch in die ländlichen Gebiete zurück, es ging ihnen aber — im Gegensatz zu den FARC — nicht um den Schutz der Bauern oder die Errichtung von befreiten Gebieten. Sie griffen nicht zugunsten der Bauern und Pächter in lokale Konflikte ein, sondern betrachteten das Land lediglich als Austragungsort des bewaffneten Kampfes. Hierin liegt sicher ein wesentlicher Grund für das Scheitern der meisten dieser Bewegungen, die innerhalb kürzester Zeit militärisch geschlagen waren. Dennoch konnten in Kolumbien im Gegensatz zu anderen Ländern Südamerikas zwei dieser Gruppen — der *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) sowie der *Ejército Popular de Liberación* (EPL) — überleben, was insbesondere an der mangelnden Flexibilität des Systems der Nationalen Front lag.<sup>8</sup>

Allen Guerillagruppen der sechziger Jahre ist gemeinsam, daß sie eine ausgeprägte politische Ideologie haben, die sich insbesondere an kommunistischen und sozialistischen Theoretikern orientiert. Die Spaltungen zwischen diesen Gruppen auf der internationalen Ebene — zum Beispiel zwischen der damaligen Sowjetunion und der Volksrepublik China — haben sich dabei stets innerhalb Kolumbiens in zum Teil

---

<sup>7</sup> Vgl. zur Geschichte und Entstehung Pizarro (1989 und 1991), Medina (1986), Arenas (1985), Gott (1970), Behar (1985).

<sup>8</sup> Zur Entstehung dieser Gruppen und ihren Zielsetzungen vgl. z. B. Gott (1970), Behar (1985), Pizarro (1988). Der ELN erlangte international Berühmtheit, als sich der Soziologe und Priester Camilo Torres 1967 dem bewaffneten Kampf des ELN anschloß.

sehr heftigen, militanten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen widergespiegelt. Aber auch wenn es zweifelsohne internationale Einflüsse auf die Entwicklung in Kolumbien gab, so waren diese doch auf die ideologische Ebene beschränkt. Entscheidend für die Dauer und Intensität des Guerillakampfes in Kolumbien war nicht die Unterstützung der kolumbianischen Guerilla durch externe Akteure, sondern das Fortbestehen der realen materiellen und politischen Konfliktursachen.

Dennoch war der Krieg Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auf einige Regionen des Landes beschränkt. Für das Gesamtsystem hatte die Existenz dieser «Kleinkriege» dagegen durchaus stabilisierende Folgen: Die wirkliche oder vermeintliche Bedrohung durch die Guerilla ermöglichte der Regierung die fast permanente Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes, der wiederum die Verfolgung und Repression auch der unbewaffneten Opposition erlaubte. Erst als der Krieg Anfang der achtziger Jahre die Städte erreichte, wurde er auch auf der nationalen Ebene zum Politikum.

#### **4 Der Krieg kehrt in die Städte zurück: die Guerilla der achtziger Jahre**

Die wachsende Unzufriedenheit mit dem System der Nationalen Front führte in den siebziger Jahren zur Entstehung zahlreicher neuer Organisationen jenseits des traditionellen Parteiensystems. Die Regierung antwortete darauf kaum mit Kooption oder Integration, sondern vor allem mit einer Ausdehnung der staatlichen Repression. Zwar war die Verhängung des Ausnahmezustandes seit Mitte der sechziger Jahre eines der wesentlichen Instrumente zur Kontrolle der Opposition, nach dem Generalstreik von 1977 wurde die Repression aber deutlich verschärft. Die Regierung Gabriel Turbay Ayala (1978-1982) verabschiedete 1978 ein sogenanntes Sicherheitsstatut, durch das unter anderem neue Strafen eingeführt und fast sämtliche Delikte mit möglichem politischen Hintergrund der Militärjustiz übergeben wurden.<sup>9</sup> Allein 1980 wurden 8 000 Personen aus politischen Gründen verhaftet. Trotz dieser Verschärfung der Gesetzgebung dominierten spätestens seit 1981/82 die extralegalen Formen der Repression. Fälle von «Verschwindenlassen», Folterungen und politischen Morden nahmen zu, die Verfolgung erreichte das Ausmaß eines «schmutzigen Krieges» gegen die Opposition (vgl. Gallón Giraldo 1991).

---

<sup>9</sup> Dieser Teil des Statuts wurde vom Obersten Gerichtshof 1987 für unwirksam erklärt.



Die Hauptgründe für das Entstehen der neuen Guerillagruppen waren durchaus denen der sechziger Jahre vergleichbar: Fehlende Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Partizipation sowie die anhaltende Krise im Agrarsektor waren der materielle Hintergrund des bewaffneten Protestes. Die neuen Gruppen hatten allerdings meist kein explizit ideologisches Konzept, sondern eher diffuse politische Vorstellungen, agierten zum Großteil nur regional oder lokal begrenzt und verfügten nur über eine geringe militärische Schlagkraft. Die politisch bedeutendste Gruppierung war der *Movimiento 19 de Abril* (M-19), deren Mitglieder vor allem aus Kreisen der *Alianza Nacional Popular* (ANAPO) kamen. Mit der ANAPO hatte Ex-General Rojas Pinilla versucht, sich eine populistische Basis für eine erneute Präsidentschaft zu schaffen. Bei den Präsidentschaftswahlen vom 19. April 1970 verlor er entweder knapp oder — wie seine Anhänger meinen — durch Wahlfälschung. Auf dieses Datum bezieht sich auch der Name des M-19.

Der M-19 erlangte insbesondere durch spektakuläre Aktionen — wie den Raub des Schwertes von Simón Bolívar — Bekanntheit, kontinuierliche Aufbauarbeit an der Basis fand dagegen kaum statt. Die Gruppe versuchte, die marginalisierte Bevölkerung der Städte in die Opposition einzubinden und an eine stark nationalistisch gefärbte Symbolik anzuknüpfen, was sie von dem eher lokal orientierten Diskurs der FARC und der internationalistischen Rhetorik der Fokisten<sup>10</sup> unterschied. Darüber hinaus entstanden zahlreiche kleinere Gruppen wie die indianische Organisation *Quintín Lame*, deren Aktionen aber im wesentlichen auf bewaffnete kommunale Selbstverteidigung indianischer Gemeinschaften, vor allem im *departamento* Cauca, beschränkt waren (vgl. Ibeas 1995).

Aber nicht nur die neuen Gruppen, sondern alle Guerillaorganisationen erlebten zu Beginn der achtziger Jahre eine Phase des Aufschwungs. Den Resten von ELN und EPL gelang die Reorganisation, die FARC dehnten ihr Einflußgebiet insbesondere in den neuen Besiedlungszonen aus, der M-19 erreichte ein hohes Maß an Popularität.<sup>11</sup> Anfang 1980 besetzten Mitglieder des M-19 die Botschaft der Dominikanischen Republik in Bogotá und nahmen die dort zu einer Feier versammelten ausländischen Diplomaten — unter anderen den Botschafter der USA und den apostolischen Nuntius — als Geiseln. Nach sechzig Tage dauernden Verhandlungen, die unter

---

<sup>10</sup> Erst in den achtziger Jahren bediente sich auch der ELN einer stark nationalistischen Rhetorik. Seine Hauptaktionsgebiete sind seither die kolumbianischen Ölregionen, in denen er den vermeintlichen Ausverkauf nationaler Ressourcen an internationale Unternehmen anprangert und sabotiert.

<sup>11</sup> Der Erfolg der sandinistischen Revolution in Nicaragua hat sicher auch in Kolumbien «beflügelnd» auf die Guerilla gewirkt. Zwanzig Jahre nach dem Umsturz auf Kuba wurde die Möglichkeit des Sieges revolutionärer Bewegungen in Lateinamerika erstmals wieder denkbar.

Vermittlung der Organisation Amerikanischer Staaten geführt wurden, durften die Besetzer nach Kuba ausreisen.

Diese Aktion veränderte die Struktur der bewaffneten Auseinandersetzung grundsätzlich. Zum einen gelangte der Krieg in Kolumbien erstmals nach langer Zeit wieder in die Medien der Weltpresse, und auch in den kolumbianischen Medien wurden die Forderungen der Guerilla zum ersten Mal verbreitet. Wesentlich wichtiger war aber zum anderen, daß erstmals seit der Beendigung der *violencia* eine kolumbianische Regierung mit bewaffneten Gruppen verhandelte. In der Folge nahmen die Forderungen nach Gesprächen und einer politischen Beendigung der Guerillakriege zu.

## 5 Friedensverhandlungen ohne Frieden

Die Frage des inneren Friedens und des Umgangs mit der Guerilla — insbesondere mit dem M-19 — spielte im Wahlkampf 1982 erstmals eine wichtige Rolle. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, welche die Guerilla stets als reines Problem der öffentlichen Ordnung betrachtet hatten, akzeptierte Präsident Belisario Betancur (1982-1986), daß es reale materielle, soziale und politische Ursachen der Gewalt im Lande selber gab. Für diese Sichtweise hatte der neue Präsident aber weder in seiner eigenen Partei noch bei anderen Gesellschaftsgruppen — etwa den Wirtschaftsverbänden oder dem Militär — Unterstützung. So waren die anfänglichen Erfolge des Friedensprozesses trügerisch. Zwar unterzeichneten im Verlauf des Jahres 1984 alle Guerillagruppen außer dem ELN einen Waffenstillstand; darüber hinaus gab es aber keine Vereinbarungen. So wie der Regierung die Mehrheit und der Plan fehlte, wohin die Gespräche eigentlich führen sollten, so waren auch die meisten Guerillagruppen nicht wirklich bereit, über das Ende des bewaffneten Kampfes und die eigene Demobilisierung zu reden. Spätestens Ende 1984 formierte sich der geballte Widerstand von Militär und Wirtschaftsverbänden, und das Ende des Friedensprozesses war nur noch eine Frage der Zeit.<sup>12</sup> Ein deutliches Zeichen der Eskalation war die dramatische Zunahme der parastaatlichen Gewalt. Der «schmutzige» Krieg richtete sich vor allem gegen die Friedenspolitik des Präsidenten. Mitte der achtziger Jahre waren die Opfer der Gewalt insbesondere ehemalige Guerilleros oder deren vermeintliche Sympathisanten. Hauptakteure waren dabei Teile des Militärs, eine wachsende Zahl rechtsgerichteter Todesschwadronen und sogenannte Selbstverteidigungsgruppen.

---

<sup>12</sup> Zum Friedensprozeß der Regierung Betancur vgl. besonders die Studie von Ramírez / Restrepo (1988) sowie Bejarano (1990), Leyva Duran (1987) und Santos Calderón (1985).

Der allgemein sichtbare Schlußpunkt des Friedensprozesses war die Besetzung des Justizpalastes durch den M-19 und dessen Stürmung durch das Militär im November 1985. Der M-19 wollte mit dieser Aktion gegen die Verletzung der Abkommen durch die Regierung protestieren, er nahm die elf obersten Richter des Landes als Geiseln. Das Militär stürmte das Gebäude sofort. Außer den Guerilleros, von denen einige noch umgebracht worden sein sollen, nachdem sie sich ergeben hatten, kamen auch alle Geiseln ums Leben. Außerdem verbrannte das gesamte Justizarchiv und damit auch zahlreiche Unterlagen, die Menschenrechtsverletzungen des Militärs behandelten.<sup>13</sup> Auch wenn der Präsident die Aktion des Militärs im nachhinein deckte, wurde doch deutlich, daß die kolumbianische Regierung das Militär nicht kontrollierte. Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre rüstete Kolumbien seine Streitkräfte personell und technisch auf: Die Mannschaftsstärke stieg von 66 000 (1985) auf 110 000 (1991), der Anteil der Militärausgaben am Haushalt verdoppelte sich im gleichen Zeitraum von 10,1 % auf 20,5 % (ACDA 1994).

Zwei Entwicklungslinien kennzeichneten die Situation nach dem Scheitern des Friedensprozesses von Präsident Betancur: Auf der einen Seite hatte die Guerilla an Glaubwürdigkeit verloren, weil das Scheitern nicht allein dem Widerstand von Militär und Interessenverbänden zuzurechnen war. Damit wurde es für die bewaffnete Opposition zunehmend schwieriger, den eigenen Widerstand zu legitimieren. Auch wenn gewaltlose Aktionsformen einen neuen Aufschwung erlebten, gab es seither vor allem eine Zunahme der Gewalt und des Terrors gegen die Bevölkerung. Die Zahl der Morde mit wahrscheinlichem oder gesichertem politischen Hintergrund verdoppelte sich von Jahr zu Jahr, ebenso stieg die Zahl verschwundener und gefolterter Menschen drastisch an. Die Mehrheit der Opfer waren neben politischen Oppositionellen wie Vertretern der aus dem Friedensprozeß hervorgegangenen neuen Partei *Unión Patriótica* (UP) vor allem Gewerkschafter, Bauern und Repräsentanten jeder Form von demokratischer Öffentlichkeit.<sup>14</sup>

Dennoch blieb das Thema Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung auf der politischen Tagesordnung. Alle Regierungen haben seither versucht, den Krieg in irgendeiner Form zu beenden. Allen fehlte aber eine klare Strategie. Verhandlungsangebote mit und ohne Vorbedingungen wechselten sich mit Versuchen ab, den Krieg militärisch zugunsten der Regierung zu entscheiden. Auch die Guerilla hat eine ambivalente Politik betrieben. Die Differenzen, Spaltungen und die Konkurrenz

<sup>13</sup> Zu Hintergrund und Verlauf der Besetzung des Justizpalastes vgl. Behar (1988), Carrigan (1993).

<sup>14</sup> Angesichts des Ausmaßes der Gewalt, die in Kolumbien insbesondere vom *Centro de Investigación y Educación Popular* (CINEP) dokumentiert wird, darf das Schicksal des einzelnen selbstverständlich nicht vergessen werden. Vgl. auch die verschiedenen Berichte von *Amnesty International*, *Americas Watch* und insbesondere der Andinen Juristenkommission.

innerhalb und zwischen den verschiedenen Gruppen waren stets deutlich sichtbar. Daran hat auch der Versuch der Einigung zunächst der kleineren Gruppen 1985 in der *Coordinadora Nacional Guerrillera*, dann mit Einbeziehung der FARC seit 1987 in der *Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar* (CGSB) nichts geändert. Im wesentlichen operierten die Gruppen weiter getrennt, auch wenn es Ansätze zu einer militärischen Koordination von FARC und ELN gegeben hat.

Die Regierungen haben stets versucht, mit den Gruppen einzeln ins Gespräch zu kommen. Zwischen Ende 1989 und 1991 beendeten vier Gruppen den bewaffneten Kampf und legten ihre Waffen nieder: M-19, Quintín Lame, *Partido Revolucionario del Trabajo*<sup>15</sup> und der größere Teil des EPL. Die Gründe für diese partielle Kriegsbeendigung waren nicht die Beseitigung der strukturellen Ursachen, sondern die militärische Schwäche dieser Guerillagruppen und der Legitimationsverlust des bewaffneten Kampfes. Quintín Lame und PRT erreichten über den lokalen oder regionalen Wirkungsraum hinaus nie eine größere Bedeutung, EPL und M-19 waren nach dem Scheitern des Friedensprozesses von 1984 Hauptziel der militärischen Repression. Eine Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung am Verhandlungstisch war für diese Gruppen deshalb die einzige Möglichkeit, zumindest einige Vorstellungen durchzusetzen. Darüber hinaus hatten all diese Gruppen weder die politische Basis noch die finanziellen Ressourcen,<sup>16</sup> um den Kampf unter den geänderten Bedingungen weiterführen zu können. Das Fehlen einer klaren Ideologie ermöglichte ihnen ein flexibles Eingehen auf die — inhaltlich eher geringe — Verhandlungsbereitschaft der Regierung.<sup>17</sup>

Hauptkonzession der Regierung war die Öffnung des politischen Systems durch die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Der M-19 konstituierte sich im März 1990 nach seiner Demobilisierung sofort als Partei, nahm an den Wahlen teil und konnte auf den ersten Blick spektakuläre Erfolge verbuchen: Er stellte knapp ein Drittel der Abgeordneten in der Verfassungsgebenden Versammlung. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, daß dies durch die geringste Wahlbeteiligung in der jüngeren Geschichte des Landes — ganze 24 % der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab — bedingt war und nicht etwa, weil es dem M-19 gelungen wäre, bisherige Nichtwähler für seine Ziele zu mobilisieren.

---

<sup>15</sup> Der PRT ist eine Abspaltung des EPL aus dem Jahre 1983, der vor allem an der Atlantikküste aktiv war.

<sup>16</sup> FARC und ELN verfügen anscheinend über eine solide finanzielle Basis, die insbesondere auf der Erhebung von «Abgaben» in den von ihnen kontrollierten Gebieten sowie den durch Entführung erpreßten Lösegeldern beruht. Den FARC wird von regierungsnahen Quellen immer wieder die Verstrickung in den Drogenhandel vorgeworfen.

<sup>17</sup> Vgl. Bejarano (1990), Ramírez Tobón (1989 und 1990), Camacho Guizado / Wills Obregón (1992).

Der M-19 erlitt in der Folgezeit das Schicksal vieler dritter Kräfte in Kolumbien. Er setzte seine Kritik am kolumbianischen Zweiparteiensystem nicht aus der Opposition heraus fort, sondern ließ sich von der Regierung kooptieren. Dies trug einerseits maßgeblich dazu bei, den Kampf der noch aktiven Guerillagruppen zu delegitimieren. Gleichzeitig machte sich der M-19 aber auch selbst überflüssig, weil er sich inhaltlich nur noch unwesentlich von den traditionellen Parteien unterschied, deren inhaltliche Spannbreite nach wie vor sehr groß war. Bei den Parlaments- und Senatswahlen im März 1994 wurde der M-19 politisch marginalisiert, er behielt lediglich einen Senatsposten und zwei Abgeordnetenmandate.

Auch die Erfahrungen anderer demobilisierter Guerillagruppen sind nicht eben eine Erfolgsgeschichte. Die Mitglieder des EPL, welche die Partei *Esperanza, Paz y Libertad* gründeten, konnten sich zwar insbesondere im Urabá als politische Kraft etablieren, gleichzeitig sind sie aber Zielscheibe militärischer Angriffe sowohl der FARC als auch paramilitärischer Todesschwadronen. Die Gefahr für das eigene Leben ist für alle Ex-Guerilleros Kolumbiens nach der Demobilisierung alltäglich: Die UP, 1985 während des Friedensprozesses unter anderem von Ex-Guerilleros der FARC gegründet, führt die Liste der Opfer an. In den vergangenen zehn Jahren sind über tausend ihrer Mitglieder von Todesschwadronen oder bezahlten Killern ermordet worden.

## 6 Perspektiven für Krieg und Frieden in den neunziger Jahren

Der Friedensschluß der Regierungen Virgilio Barco (1986-1990) und César Gaviria (1990-1994) mit den vier kleineren Guerillagruppen war dennoch politisch bedeutsam: Er stellt für Regierung und einen Teil der öffentlichen Meinung den Bezugspunkt und die Meßlatte für die Beziehungen zu FARC und ELN dar. Die Regierung Gaviria war zwar zu Gesprächen bereit, aber nur zu den gleichen Bedingungen wie mit dem M-19: Die Guerilla sollte nach der Demobilisierung lediglich eine garantierte Vertretung in der Verfassungsgebenden Versammlung oder im Parlament erhalten. Dieser Ansatz ist vor dem Hintergrund der kolumbianischen Geschichte sehr traditionell, weil er die Integration der Opposition durch Minderheitsvertretung ermöglicht, ohne grundlegende gesellschaftliche Reformen zu erfordern.

Die unterschiedliche Herkunft, Verankerung und Tradition der Guerillagruppen erfordert aber auch Unterschiede bei Friedensgesprächen und -abkommen. Zwar begann mit der neuen Verfassung zweifelsohne die Veränderung des traditionellen politischen Systems; das Grundproblem der kolumbianischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts bleibt aber ungelöst: Die Situation auf dem Land, die seit fünfzig Jahren

zentrale Ursache militanter Gewalt ist, kann nicht per Dekret oder Verfassungsänderung gelöst werden. Hierzu sind grundlegende Veränderungen im sozioökonomischen Entwicklungsmodell notwendig, die der ländlichen Bevölkerung ein Leben jenseits der Armutsgrenze und außerhalb der informellen oder illegalen Ökonomie ermöglichen. Erst wenn die kolumbianischen Eliten dazu bereit sind, wird es zumindest eine Chance zur Befriedung des Landes geben. Die Eskalation der militärischen Auseinandersetzung und der allgemeinen Gewalt trotz verbaler Gesprächsbereitschaft beider Seiten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre spiegelt dieses Grundproblem wider.

Erste Gespräche zwischen Regierung und Vertretern der CGSB fanden im Mai 1991 statt. Im Verlauf von vier Verhandlungsrunden in Caracas konnte aber noch nicht einmal über die weitere Vorgehensweise Einigung erzielt werden (vgl. dazu Ramírez Tobón 1992). Zentraler Streitpunkt war wie so oft der Waffenstillstand, der für die Regierung am Anfang, für die Guerilla am Ende der Gespräche stehen sollte. Nach dem Attentat der Guerilla gegen den Präsidenten des Kongresses am 30. September 1991 brach die Regierung die Gespräche ab, bis es einen eindeutigen, dauerhaften Haltungswandel der Guerilla gebe. Im März 1992 nahmen Regierung und Guerilla die Gespräche zwar in Mexiko wieder auf, aber schon zwei Wochen später verkündete Präsident Gaviria erneut einen Abbruch der Verhandlungen: Der Dialog mit der Guerilla werde nur dann wieder aufgenommen, wenn als erstes die Themen Waffenstillstand und Freilassung entführter Personen auf der Tagesordnung stünden. Lediglich mit einer Abspaltung des ELN — der *Corriente de Renovación Socialista* — schloß die Regierung im Januar 1994 ein Friedensabkommen, am 9. April 1994 legten etwa 400 Guerilleros ihre Waffen nieder.

Mit den beiden größten Gruppen eskalierte dagegen die militärische Auseinandersetzung parallel zu der verkündeten Gesprächsbereitschaft beider Seiten.<sup>18</sup> Die markantesten Stationen der Militarisierung waren: Am 9. Dezember 1990 — dem Tag der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung — bombardierten die Streitkräfte das FARC-Hauptquartier in La Uribe. Dies war der erste Territorialgewinn des Militärs gegen die Aufständischen seit Mitte der siebziger Jahre. Am 5. Februar 1991 nahm die Guerilla die Eröffnung der Verfassungsgebenden Versammlung zum Anlaß für mehrere Anschläge. Im November 1992 verhängte Präsident Gaviria den Ausnahmezustand und erklärte der Guerilla den totalen Krieg. Die Guerilla bewies ihre militärische Schlagkraft 1993 mit der Offensive «Schwarzer September» und im Juli 1994 mit massiven Aktionen zur «Verabschiedung» von Präsident Gaviria.

---

<sup>18</sup> Die Streitkräfte bildeten 1990 spezielle Anti-Guerillaeinheiten, die *Brigadas Móviles*, ihre Ausrüstung wurde ebenfalls verbessert (vgl. Leal 1994).

Nach dem Amtsantritt des im Mai 1994 gewählten Präsidenten Ernesto Samper gab es zunächst Hoffnung auf neue Initiativen zur Beendigung des ältesten Krieges in Lateinamerika. Samper präsentierte im November 1994 einen Friedensplan ohne Vorbedingungen für Gespräche und mit dem Ziel, zunächst über eine «Humanisierung des Krieges» und den Schutz der Zivilbevölkerung zu sprechen. Aber wie in den Vorjahren ging die Gesprächsbereitschaft beider Seiten mit einer Ausweitung der militärischen Aktionen einher. Dies und die politische Krise des Landes im Zusammenhang mit der Finanzierung von Sampers Wahlkampf durch die Drogenmafia führten im Sommer 1995 zur Beendigung des Friedensprozesses. Der Präsident verhängte den Ausnahmezustand<sup>19</sup> und kündigte militärische Aktionen gegen die Guerilla an.

Das geschilderte Hin und Her zwischen Dialogbereitschaft und Militarisierung zeigt eine Reihe von strukturellen Problemen auf, welche die Beendigung des Krieges in Kolumbien erschweren: Hauptproblem ist zweifelsohne die Fragmentierung aller beteiligten Akteure. Seitens der Guerilla ist dies offensichtlich. Neben FARC und ELN existieren auch zahlreiche dissidente Gruppen der demobilisierten Guerilla EPL und M-19. Aber auch FARC und ELN sind keine homogenen Organisationen: Die Abspaltung der CRS vom ELN über die Frage, ob mit der Regierung verhandelt werden soll, hat dies deutlich gezeigt. Innerhalb der FARC sind die Tendenzen weniger offensichtlich. Es scheint aber seit dem Tod des Comandante Jacobo Arenas 1992 Richtungskämpfe zu geben, die sich teilweise an der Frage des Dialogs entzünden, aber auch entlang der Loyalitäten zu bestimmten Führungspersonen verlaufen. Die sieben Mitglieder des obersten Führungsgremiums kontrollieren jeweils verschiedene Fronten. Die lange Dauer des Guerillakampfes erschwert die Bildung und Aufrechterhaltung homogener Organisationen.<sup>20</sup>

Aber auch die gegen die Guerilla gerichteten Kräfte bilden keine einheitliche Front. Das prekäre Verhältnis zwischen Regierung und Militär sowie die Spannungen über das Vorgehen innerhalb der Regierung sind in den vergangenen anderthalb Jahren deutlich sichtbar geworden: Mitte 1995 führte die Vorbereitung von Gesprächen mit den FARC zum offenen Konflikt zwischen Regierung und Militär. Die FARC hatten eine Entmilitarisierung der Region La Uribe gefordert, bevor die

---

<sup>19</sup> Der Oberste Gerichtshof erklärte diese Maßnahme im Oktober 1995 allerdings für verfassungswidrig.

<sup>20</sup> Eine Abspaltung des M-19 unter dem Namen *Comando Jaime Bateman* hat im Oktober 1995 gegenüber der Regierung Samper Gesprächsbereitschaft signalisiert. Mitte 1994 berichteten demobilisierte EPL-Mitglieder von der Gründung einer neuen bewaffneten Gruppe unter dem Namen ERICA (*Ejército Republicano Independista del Caribe*), in dem sich angeblich 200 Dissidenten und Dialoggegner von FARC und ELN an der Atlantikküste zusammengeschlossen haben (*El Tiempo*, 1. September 1994).

Gespräche dort beginnen könnten. Präsident Samper hatte dem zunächst weitgehend zugestimmt, bis er nach massiven Vorbehalten der Militärspitze einen Rückzieher machte. Aber auch innerhalb der Administration hatte es zuvor schon Auseinandersetzungen um die Politik gegenüber der Guerilla gegeben. Verteidigungsminister Fernando Botero schlug im November 1994 — offensichtlich ohne Rücksprache im Kabinett — die Bewaffnung der Bevölkerung im Rahmen von sogenannten «privaten Sicherheitsorganisationen» vor. Damit konterkarierte er all die Regierungsmaßnahmen, die in den vergangenen Jahren auf eine verstärkte Kontrolle des Waffenbesitzes in Händen der Zivilbevölkerung gerichtet waren.

Pläne zur Bewaffnung der Bevölkerung führen zur weiteren Militarisierung des Landes. Die 1994/95 erneut steigende Zahl von Todesschwadronen,<sup>21</sup> die unter Namen wie «Tod für Kommunisten und Guerilleros» (MUCOGUE) oder «Kolumbien ohne Guerilla» (COLSINGUE) agieren, finden durch diese Politik eine Rechtfertigung durch höchste staatliche Stellen. Dies wiegt um so schwerer, als die kolumbianische Regierung weit davon entfernt ist, das Gewaltmonopol zu besitzen. Die unklare und ambivalente Haltung, welche die Regierungen der vergangenen Jahre gegenüber paramilitärischen und privaten bewaffneten Kräften verfolgten, hat wesentlich zur Ausbreitung der Gewalt in Kolumbien beigetragen. Auch wenn die Beteiligung staatlicher Sicherheitskräfte an Todesschwadronen nicht immer nachgewiesen werden kann, hat die Regierung deren Aktionen gegen die Opposition doch zumindest weitgehend geduldet. Für die Beendigung des Krieges ist es dagegen unabdingbar, daß die gesellschaftlichen Kräfte gestärkt werden, die sich für den Frieden einsetzen (Valenzuela 1995).

Ein zweites Problem ist eng mit der Fragmentierung der Konfliktparteien verknüpft: Weder die Guerilla noch die Regierung wissen letztlich, was mit Gesprächen eigentlich erreicht werden soll. Solange aber das Ziel unklar ist, wird sich schwerlich eine Strategie entwickeln lassen, wie es zu erreichen sei. Seitens der Guerilla dürfte die lange Dauer des bewaffneten Kampfes wesentlich dazu beigetragen haben, daß politische Konzepte — die es anfänglich im Agrarprogramm beispielsweise unbestreitbar gab — entweder von der realen Entwicklung überholt werden oder aufgrund der Zwänge, die der bewaffnete Kampf mit sich bringt, in den Hintergrund treten.<sup>22</sup>

---

<sup>21</sup> Nicht-Regierungsorganisationen schätzen die Zahl der Todesschwadronen 1995 auf 250, das wäre im Vergleich zum Anfang der achtziger Jahre, als es nach Angaben der Justiz etwa 140 solcher Gruppen gegeben haben soll, fast eine Verdoppelung, falls die jeweiligen Schätzungen zutreffen und vergleichbar sind.

<sup>22</sup> Dieses Phänomen läßt sich auch in anderen, kürzeren Guerillakriegen, beispielsweise in El Salvador, beobachten. Auch dort fehlte der Guerilla ein klares politisches Konzept, die Auseinandersetzung



Innerhalb der systemstützenden Kräfte Kolumbiens wird die Guerilla überdies noch nicht einmal durchgängig als politischer Akteur akzeptiert. Dies ist aber die Grundbedingung für die Aufnahme von Gesprächen, weil nur mit jemandem verhandelt werden kann, der ein Mindestmaß an Legitimation besitzt. Insbesondere in formal demokratischen Regierungssystemen kann mit Kriminellen kein Dialog geführt werden, sondern diese können nur durch Exekutive und Judikative unter Beachtung des geltenden Rechts verfolgt und bestraft werden. In weiten Teilen der kolumbianischen Medien und insbesondere bei Wirtschaftsverbänden und Militär wird die Guerilla immer noch und immer wieder mit Banditen gleichgesetzt. Dies wird dadurch erleichtert, daß die Gewaltdiffusion die Grenzen zwischen Guerilla und Formen privater und krimineller Gewalt vielfach verschwimmen läßt.

Kolumbien kann Mitte der neunziger Jahre auf über zwölf Jahre zurückblicken, in denen verschiedene Regierungen versucht haben, die bewaffnete Auseinandersetzung mit der Guerilla zu beenden. Dies wird von Regierungsvertretern vielfach als Pluspunkt und Vorteil — man habe Erfahrung — gewertet. Angesichts des vielfältigen Scheiterns dieser Initiativen ist diese Erfahrung aber eher kontraproduktiv, weil beiden Seiten das Vertrauen in den guten Willen und die Bereitschaft der Gegenseite fehlt, dem Krieg ein Ende zu setzen. Die Regierung macht dies durch das schnelle Umschwenken von Friedens- auf Kriege rhetorik deutlich, die Guerilla durch das Aufstellen von Forderungen, die nur schwerlich zu erfüllen sind. Solange sich in der kolumbianischen Gesellschaft kein breiter Konsens darüber entwickelt, daß die Beendigung des Guerillakrieges und der anderen Formen der Gewalt Vorteile für alle bringt, sind die Erfolgsaussichten für Friedensinitiativen begrenzt.

## 7 Literaturverzeichnis

- ACDA (1994) = U.S. Arms Control and Disarmament Agency (1994): *World Military Expenditures and Arms Transfers 1991-1992*, Washington: ohne Verlagsangabe.
- Alape, Arturo (1985): *La paz, la violencia: testigos de excepción*, Bogotá: Planeta.
- Arango Restrepo, Mariano (1987): «Esquema de políticas de reforma agraria en Colombia», in: *Lecturas de Economía* 23 (Medellín), S. 197-220.
- Arenas, Jacobo (1985): *Cese el Fuego: una historia política de las FARC*, Bogotá: Ed. La Oveja Negra.

---

darüber fing eigentlich erst nach der Beendigung des bewaffneten Kampfes an.

- Arrubla, Mario / Bejarano, Jesús Antonio / Cobo Borda, J. G. / Jaramillo Uribe, Jaime / Kalmanovitz, Salomon / Melo, Jorge Orlando / Tirado Mejia, Álvaro (1978): *Colombia hoy*, Bogotá: Siglo XXI Ed. [1989].
- Behar, Olga (1985): *Las guerras de la paz*, Bogotá: Planeta.
- Behar, Olga (1988): *Noches de humo*, Bogotá: Planeta.
- Bejarano, Ana Maria (1990): «La Paz en la Administración Barco: de la rehabilitación social a la negociación política», in: *Análisis Político* 9 (Bogotá), S. 7-29.
- Bergquist, Charles W. (1986a): *Coffee and Conflict in Colombia, 1886-1910*, Durham: Duke University Press.
- Bergquist, Charles W. (1986b): *Labor in Latin America: Comparative Essays on Chile, Argentina, Venezuela and Colombia*, Stanford (California): Stanford University Press.
- Berry, R. Albert / Hellmann, Roland / Solaún, Mauricio (Hrsg.) (1980): *Politics of Compromise: Coalition Government in Colombia*, New Brunswick (New York): Transaction Bodes.
- Camacho Guizado, Alvaro / Wills Obregón, María Emma (1992): «César Gaviria con el sol a las espaldas: nubes en el futuro incierto», in: *Análisis Político* 15 (Bogotá), S. 87-96.
- Carrigan, Ana (1993): *The Palace of Justice: A Colombian Tragedy*, New York; London: For Walls Eight Windows.
- CINEP (1995): *Cien días vistos por CINEP 7/29* (Mai-Juli 1995).
- Fals Borda, Orlando (1968): *Subversión y cambio social*, Bogotá: Ed. Tercer Mundo.
- Gallón Giraldo, Gustavo (Hrsg.) (1991): *Derechos humanos y conflicto armado en Colombia*, Bogotá: Comisión Andina de Juristas.
- Gott, Richard (1970): *Guerilla Movements in Latin America*, Garden City: Nelson.
- Ibeas, Juan (1995): «Génesis y desarrollo de un movimiento armado indígena en Colombia», in: *América Latina hoy* 10 (Madrid), S. 37-48.
- Jaramillo, Carlos Eduardo (1986): «La Guerra de los Mil Días: aspectos estructurales de la organización guerrillera», in: Sánchez / Peñaranda 1986: 47-86.
- Kurtenbach, Sabine (1991): *Staatliche Organisation und Krieg: ein historisch-struktureller Vergleich der Entwicklung in Kolumbien und Chile*, Münster; Hamburg: Lit.
- Leal Buitrago, Francisco (1984): *Estado y política en Colombia*, Bogotá: Siglo XXI.
- Leal Buitrago, Francisco (1987): «La crisis política en Colombia: alternativas y frustraciones», in: *Análisis Político* 1 (Bogotá), S. 76-88.
- Leal Buitrago, Francisco (1994): «Defensa y seguridad nacional en Colombia, 1958-1993», in: Leal Buitrago / Tokatlán 1994: 131-172.

- Leal Buitrago, Francisco / Tokatlián, Juan Gabriel (Hrsg.) (1994): *Orden mundial y seguridad: nuevos desafíos para Colombia y América Latina*, Bogotá: Tercer Mundo.
- LeGrand, Catherine (1986): «Los antecedentes agrarios de la violencia: el conflicto social en la frontera colombiana, 1850-1930», in: Sánchez / Peñaranda 1986: 87-110.
- Leyva, Duran (Hrsg.) (1987): *¿Paz? ¡Paz! Testimonios y reflexiones sobre un proceso*, Bogotá: Ed. La Oveja Negra.
- Medina, Medófilo (1986): «La resistencia campesina en el sur del Tolima», in: Sánchez / Peñaranda 1986: 233-265.
- Molano, Alfredo (1989): *Siguiendo el Corte: realto de guerras y de tierras*, Bogotá: El Áncora.
- Molano, Alfredo / Reyes, Alejandro (1978): *Los bombardeos en el pato*, Bogotá: CINEP (Controversia; 89).
- Oquist, Paul (1978): *Violencia, conflicto y política en Colombia*, Bogotá: Biblioteca Banco Nacional.
- Pécaut, Daniel (1987): *Orden y violencia: Colombia 1930-1954*, 2 Bde., Bogotá: Siglo XXI.
- Pizarro Leongómez, Eduardo (1988): «La Guerrilla en Colombia», in: *Controversia* 141, S. 103-145.
- Pizarro Leongómez, Eduardo (1989): «Los orígenes de movimiento armado comunista en Colombia (1949-1966)», in: *Análisis Político* 7 (Bogotá), S. 7-31.
- Pizarro Leongómez, Eduardo (1991): *Las FARC: de la autodefensa a la combinación de todas las formas de lucha*, Bogotá: Tercer Mundo.
- Ramírez Tobón, William (1989): «La liebre mecánica y el galgo corredor: la paz actual con el M-19», in: *Análisis Político* 7 (Bogotá), S. 46-59.
- Ramírez Tobón, William (1990): *Estado, violencia y democracia: ensayos*, Bogotá: Tercer Mundo.
- Ramírez V., Socorro / Restrepo M., Luis Alberto (1989): *Actores en el conflicto por la paz: el proceso de paz durante el gobierno de Belisario Betancur 1982-1986*, Bogotá: Siglo XXI.
- Sánchez, Gonzálo / Peñaranda Ricardo (Hrsg.) (1986): *Pasado y presente de la violencia en Colombia*, Bogotá: Fondo Editorial CEREC.
- Santos Calderón, Enrique (1985): *La guerra por la paz*, Bogotá: CEREC.
- Tirado Mejía, Alvaro (1976): *Aspectos sociales de las guerras civiles en Colombia*, Bogotá: Instituto Colombiano de Cultura.

- Tirado Mejía, Alvaro (1978): «Colombia: siglo y medio de bipartidismo», in: Arrubla / Bejarano / Cobo Borda / Jaramillo Uribe / Kalmanovitz / Melo / Tirado Mejia 1978: 102-185.
- Valenzuela, Pedro (1985): «Un marco analítico del proceso de terminación de conflictos violentos, con aplicación al caso colombiano», in: *América Latina Hoy* 10 (Madrid), S. 29-36.